

Als Frauen in Herford für ihr Wahlrecht kämpften

Die Historikerin Bärbel Sunderbrink erinnert an die Zeit, als Persönlichkeiten für die Gleichstellung nicht nur in Familie und Beruf kämpften.

■ **Herford** (cl). Der 26. November 1918 ist ein besonderes Datum in der Herforder Stadtgeschichte. An diesem Tag fand im überfüllten evangelischen Vereinshaus die erste politische Frauenversammlung in dieser Stadt statt. Die vereinigten Frauenvereine hatten das Treffen organisiert. Von „schwungvollen und begeisterten Worten aus klugem Frauenmunde“ berichtete die örtliche Presse. Die Bielefelder Historikerin Bärbel Sunderbrink erinnert jetzt vor dem Herforder Geschichtsverein an diese Zeit.

„100 Jahre Frauenwahlrecht“ war das Thema ihres Vortrags in der Kleinen Markthalle. Sunderbrink fasste darin den Forschungsstand über das Geschehen in Ostwestfalen-Lippe in den Monaten nach dem Kriegsende zusammen.

Am 12. November 1918 hatte der von der SPD beherrschte Rat der Volksbeauftragten die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Frauen ab 20 Jahre verkündet. Neun Wochen später fand die erste Wahl statt. Eine ungeheure Politisierung setzte ein. Frauen stellten 54 Prozent der Wahlberechtigten. Sie würden die Wahl entscheiden.

Das Frauenwahlrecht war nicht vom Himmel gefallen, wie die Historikerin betonte. Es könne auch nicht nur als Belohnung für die Millionen von Frauen verstanden werden, die

während des Krieges in Abwesenheit der Männer in großer Selbstständigkeit die Wirtschaft aufrechterhielten.

Bereits in der Endphase des Kaiserreichs hatten sich auch in OWL Initiativen für das Frauenwahlrecht gebildet. Vor allem gebildete Frauen, allen voran Lehrerinnen, aus dem liberalen Bürgertum engagierten sich. Und in der SPD kämpften Männer und Frauen bereits seit Jahrzehnten für die Gleichstellung der Geschlechter.

Aber längst nicht alle, auch nicht alle Frauen, teilten dieses Ziel. Dass die Frauen noch nicht reif seien für die Wahlurne, war noch der harmloseste Einwand. Für das konservative Lager, unterstützt von den Kirchen, widersprach das Frauenwahlrecht prinzipiell der natürlichen Ordnung der Geschlechter.

Nach Sunderbrinks Bericht gaben in der Frauenrechtsfrage im Bürgertum vor allem Angehörige der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei den Ton an. Persönlichkeiten wie Marie Voß und Annemarie Morisse, beides Lehrerinnen, stritten für umfassende Gleichstellung auch in Familie und Beruf.

In den nach Kriegsende überall ins Leben gerufenen Arbeiter- und Soldatenräten waren allerdings kaum Frauen vertreten, obwohl Arbeiterinnen auch in OWL in den letz-



Bärbel Sunderbrink erinnerte in einem spannenden Vortrag an die Zeit, in der Frauen für ihr Wahlrecht kämpften.

FOTO: LARS OLIVER GEHRING

ten Kriegsmonaten an Protestaktionen und Streiks beteiligt gewesen waren. Als die Wahllisten zur Nationalversammlung aufgestellt wurden, landeten die Frauen auch in OWL auf hinteren Plätzen, ebenso eine Woche später bei der preussischen Landtagswahl. Die

Wahlbeteiligung lag bei heute unvorstellbaren 90 Prozent.

Bei den Kommunalwahlen einige Wochen später waren nur 117 von 15.000 Mandatsträgern weiblich. Hier bildete die Stadt Herford eine Ausnahme: Immerhin 5 von 36 Sitzen in der Stadtverordneten-

versammlung gingen an Frauen. Es waren Anna Piegusch und Wilhelmine Beiner, Frieda Weihe, Margot Kemper und Ilse Becker. In den Kreistag wurde dagegen bis 1933 nur eine einzige Frau gewählt: Marie Worm aus Enger zog 1925 hier ein. Und im gesamten

Landkreis gab es, so Sunderbrink, nur eine einzige Kandidatin, die Hebamme Anna Nebel aus Schweicheln. Gewählt wurde sie allerdings nicht.

Bärbel Sunderbrink warb dafür, den politisch aktiven, mutigen Frauen aus der ostwestfälischen Regionalgeschichte der Demokratie mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit der in der Weimarer Zeit in OWL sozialisierten Sozialdemokratin Frieda Nadig aus Herford, später eine der fünf Mütter des Grundgesetzes, ist das inzwischen geschehen. Doch was wurde zum Beispiel aus Annemarie Morisse? Die liberale Pädagogin, 1919 zur Bielefelder Stadtverordneten gewählt und seit 1928 Leiterin des Oberlyzeums für Mädchen (heute Königin-Mathilde-Gymnasium) in Herford, wurde 1933 von den Nationalsozialisten abgesetzt. Was die neuen Machthaber von ihren Ideen hielten, hat ihr Nachfolger Ernst Ohle 1939 aufgeschrieben: „Die Frauenemanzipation und der liberalistische Grundsatz von der Gleichheit aller Menschen in seiner jüdischen Überspitzung der Gleichheit der Geschlechter (...) hat eine große seelische Verarmung des weiblichen Geschlechts auf dem Gewissen.“ Morisse starb 1942 zurückgezogen in Bielefeld. Die frühen Kämpferinnen für Gleichstellung der Frauen in OWL sind vergessen.